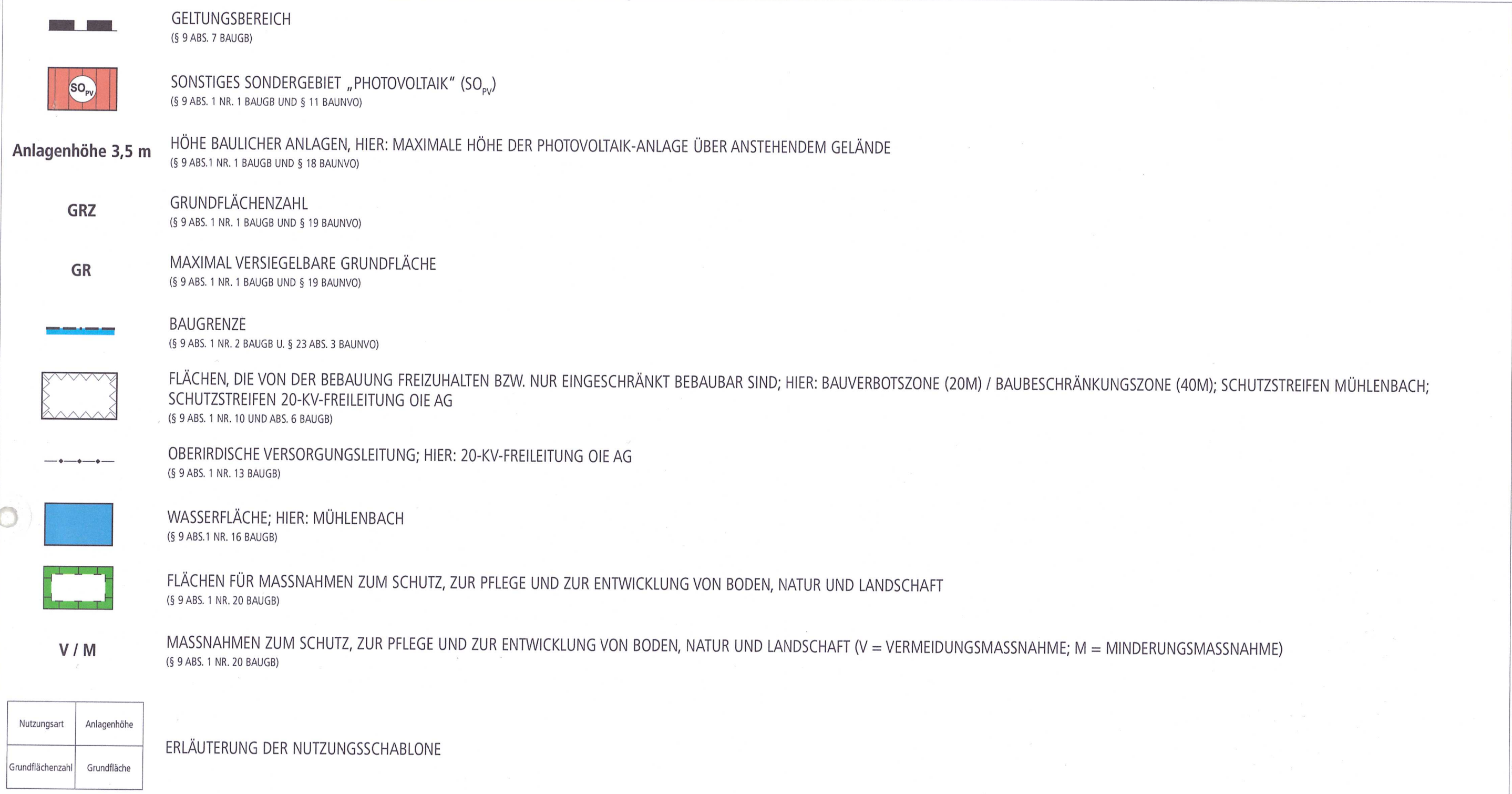


PLANZEICHENERLÄUTERUNG



TEIL B: TEXTTEIL

FESTSETZUNGEN (GEM. § 9 BAUGB + BAUNVO)

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB

1.1 SONSTIGES SONDERGEBIET „PHOTOVOLTAIK“ (SO₁)
GEM. § 11 BAUNVO

zulässig sind:

- Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie (Photovoltaik-Anlage).
- Alle zum Betrieb der Photovoltaik-Anlage erforderlichen Anlagen, Funktionen, Bauteile, Zufahrten, Zuleitungen, Zuwegungen, Zäune, Wechselrichter, Speicher, Transformatoren, Überwachungskameras.
- Alle zur Entwässerung des Plangebietes notwendigen Infrastrukturen (z.B. Entwässerungsrinnen, -becken und -mulden) samt Zubehör.

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. §§ 16 - 21 A BAUNVO

2.1 HÖHE BAULICHER ANLAGEN
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 I.V.M. § 18 BAUNVO

2.2 GRUNDFLÄCHENZAHL UND MAXIMAL VERSIEGELBARE GRUNDFLÄCHE
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 I.V.M. § 19 BAUNVO

3. ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFÄCHE
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB I.V.M. § 23 BAUNVO

4. FLÄCHEN, DIE VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTEN BZW. NUR EINGESCHRÄNKT BEBAUBAR SIND; HIER: BAUVERBOTZONE (Z0M) / BAUBESCHRÄNKUNGSZONE (Z0M); SCHUTZSTREIFEN MÜHLENBACH; SCHUTZSTREIFEN 20-KV-FREILEITUNG OIE AG
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB

5. OBERIRDISCHE VERSORGUNGSLEITUNG; HIER: 20-KV-FREILEITUNG OIE AG
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB

6. WASSERFLÄCHE; HIER: MÜHLENBACH
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 16 BAUGB

7. MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 20 BAUGB

Siehe Plan.
Gebiet für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage.

Siehe Plan.
Die Photovoltaikmodule dürfen maximal 3,5 m über das heutige Gelände hinausragen. Zäune sind bis zu einer Höhe von 3 m zulässig. Alle sonstigen Anlagen und Nebenanlagen (z.B. Trafogebäude) dürfen eine Höhe von 3,5 m nicht überschreiten. Anlagen für den Blitzschutz und Kamerasystemen zur Überwachung des Geländes dürfen eine Höhe von max. 5 m aufweisen. Unterer Bezugspunkt ist die natürliche Geländeoberkante.

Siehe Plan.
Die Grundflächenzahl (GRZ) wird für die Modulfläche im Sonstigen Sondergebiet (SO₁) als projizierte überbaubare Fläche auf 0,8 festgesetzt. Die GRZ bezieht sich auf das gesamte Sonstige Sondergebiet.

Siehe Plan.
Die maximale versiegelbare Grundfläche (tatsächliche Bodenversiegelung durch Fundamente / Rampaufbauten der Untergründe, Wechselrichter, Transformatoren, Überabestation, Zampfposten u.ä.) darf im Sonstigen Sondergebiet (SO₁) insgesamt maximal 500 qm betragen.

Siehe Plan.
Die überbaubare Grundstücksfläche wird im Plan mittels Baugrenze festgesetzt. Die PV-Modulfläche bzw. -reihen sind innerhalb der im Plan definierten Baugrenzen zu errichten.

Innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen dürfen außerdem alle zum Betrieb der Photovoltaik-Anlage erforderlichen Anlagen, Funktionen, Bauteile, Zuwegungen und Einfriedigungen errichtet werden.

Des Weiteren dürfen innerhalb und außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen alle zur Entwässerung des Plangebietes notwendigen Entwässerungsbecken, -gräben und -mulden samt Zubehör ausgebaubt werden.

Zäune, Zuwegungen, Zuleitungen, Einfriedungen, Wechselrichter und Kamerasystemen dürfen außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen errichtet werden.

Siehe Plan.
Die entsprechenden gekennzeichneten Zonen werden gem. § 9 FStG nachrichtlich übernommen und als Flächen, die von der Bebauung freizuhalten bzw. nur eingeschränkt bebaubar sind festgesetzt.

Gem. § 31 LWG bedürfen die Errichtung, der Betrieb und wesentliche Veränderung von Anlagen im Sinne des § 36 WHG, die weniger als 10 m von der Uferlinie eines Gewässers dritter Ordnung (Mühlenbach) entfernt sind, oder von denen Einwirkungen auf das Gewässer und seine Benutzung sowie Veränderungen der Bodenoberfläche ausgehen können, der Genehmigung der unteren Wasserbehörde. Die wasserrechtlichen Ge- und Verbote (v.a. § 36 WHG i.V.m. § 76 LWG) sowie die Bewirtschaftungsziele für Gewässer sind zu beachten. Zu genehmigungspflichtigen Anlagen gehören auch Veränderungen der Bodenoberfläche.

Der 10 m breite Schutzstreifen beidseits der Uferlinie des Mühlenbaches ist von jeglicher Bebauung freizuhalten.

Die deckungsgleich mit dem Schutzstreifen, beidseits, entlang der 20-kV-Freileitung liegenden Flächen sind von jeglicher Bebauung freizuhalten und mit Leitungsrechten zugunsten der OIE AG zu belasten.

Siehe Plan.
Der Verlauf der 20-kV-Freileitung der OIE AG wird gem. ihrer Lage als oberirdische Versorgungsleitung in den Bebauungsplan aufgenommen und festgesetzt.

Siehe Plan.

V 1: Schutz eventueller Bodenbrüter
Vor Beginn der Bauarbeiten ist das Baufeld durch eine fachkundige Person auf ein Vorkommen von Bodenbrütern (namentlich des Schwarzkehlchens) zu überprüfen. Im Fall eines Brutnachweises (nur im Bereich des Grabens zu erwarten), sind die Bauarbeiten innerhalb einer gem. Gasser et al. (2010) planerisch zu berücksichtigenden artspezifischen Fluchtdistanz (Schwarzkehlchen mind. 40m, Bachstelze mind. 10m) für die Dauer der Brut einzustellen.

V 2: Gehölzschutz
Die aus der Belegungsfäche ausgesparten randlichen Baumhecken und Gebüsche sind während der Bauarbeiten vor Schäden zu schützen. Falls erforderlich sind gem. Entscheidung der DBB (V 3) geeignete Baumschutzmaßnahmen (Bauzaun, Rückschnitt, ggf. Stammschutz) auszuführen. Die DIN 18 920, RAS-IP 4 und ZTV-Baumpflanze (insb. Pkt. 3.5) der FLL sind zu beachten.

V 3: Ökologische Baubegleitung
Es ist eine ökologische Baubegleitung durchzuführen, die vor allem die Überwachung der Maßnahme V 1 und der boden- und gewässerschutzkonformen Ausführung zur Aufgabe hat.

V 5: Bodenarbeiten
Gem. §§ 1a Abs. 2 BaugB und § 7 BbodSchG ist auf einen sparsamen, schonenden und lachgerechten Umgang mit Boden zu achten. Die Bodenarbeiten sind nach den einschlägigen Vorschriften der DIN 18915 („Vegetationstechnik im Landschaftsbau – Bodenarbeiten“) durchzuführen. Die Anforderungen der DIN 19639 „Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben“, sowie der DIN 19731 „Verwertung von Bodenmaterial“ sind zu beachten.

Zu Vermeidung von Bodenverdrängungen ist ein Befahren des staufeligen zentralen Bereiches der Ackerfläche nur nach längerem Trockenphase zulässig, auch Bodenverdrängungen zu vermeiden.

Zur Vermeidung von Schadstoffeinträgen in das Grundwasser sind die einschlägigen Schutzmaßnahmen gemäß dem Stand der Technik umzusetzen. Betankungen und die Lagerung von Kraftstoffen, Hydraulik- und Mineralölen sind nur auf befestigten und gegenüber dem Untergrund abgedichteten Flächen in dafür zugelassenen Behältnissen erlaubt. Auf der Baustelle sind Ölbündelmittel in ausreichender Menge vorzuhalten. Benutzfahrzeuge und -maschinen sind nur auf eigens für diesen Zweck eingerichteten Anlagen und Flächen zu reinigen. Betonreste und -abfälle dürfen nicht im Bauland abgelagert oder zwischengelagert werden, sondern sind umgehend ordnungsgemäß zu entsorgen.

M 1: Grünlandsaat und extensive Bewirtschaftung des Sondergebietes und der Grünflächen
Die Gassen zwischen den Modulreihen sind mit zertifiziertem Regioaatgut (Produktionsraum 6: südwestdeutsches Berg- und Hügelland mit Oberrheinlagen gem. VWW-Zertifizierung) einzusäen. Falls es zu Bodenverdrängungen durch den Baustellenverkehr gekommen ist, ist die Fläche vor der Ansaat zu lockern und anschließend einzusäen. Das Saatgut ist oberflächlich aufzubringen und anzuzelen. Empfohlen wird eine Ansaatsdichte von 2-4 g/m².

Alternativ ist der Auftrag von Heumulch oder Heudruck aus mageren Sparsärläusen im Umfeld (Mindestqualifizierung FFH-LRT 6510 C, nach Möglichkeit besser) möglich.

Die Fläche ist ein- bis zweimal jährlich zu mähen, erster Mahdtermin frühestens ab dem 15. Juni. Aufgrund der Klimadispersion darf in trockenen Jahren hiervon abgewichen werden. Bei der Mahd ist ein Mindestabstand von 15 cm zwischen Boden und Mähwerk einzuhalten. Das Mähgut ist von der Fläche zu entfernen, die Flächen dürfen nicht gemäht werden. Die Randbereiche der PVA-Fläche entlang des Sicherheitszaunes sind jährlich alternierend (jeweils in 2 Abschnitten) zu mähen, um so Algrasbereiche zur Förderung von Insekten und Kleinsäugern zu erhalten. Alternativ zur Mahd ist auch eine extensive Beweidung durch Schafe möglich, die allerdings erst im 2. Jahr nach der Einsaat beginnen darf.

Der Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig.

M 2: Entwicklung eines Gewässersaumes
Der Gewässerrand bzw. der durch einen Weidezaun markierte Gewässerlauf ist in einem Abstand von beidseits 10 m aus der regelmäßigen Mahd auszunehmen, so dass sich ein krautiger Saum entwickeln kann. Die Entwicklung erfolgt aufgrund ausgehend von den rudimentär bereits vorhandenen (allerdings stark zertrennten) Birsen- und Staudenflurflächen im unteren Abschnitt. Der Saum ist bei Bedarf alternierend in Abständen von jeweils 3 Jahren zu mähen, um ein Aufkommen von Gehölzen (Beschnittung) zu unterbinden. Der Pflanzsaum bestehende Treibzäune verbleiben als Stützwerke für das Schwarzkehlchen und andere Arten.

Die festgesetzten Nutzungen sind nur so lange zulässig, wie die Photovoltaik-Anlage / Agri-Photovoltaikanlage betrieben wird. Nach Betriebsende ist diese innerhalb von zwei Jahren einschließlich aller Nebeneinrichtungen und Fundamente zurückzubauen. Als Folgenutzung wird eine ausschließlich landwirtschaftliche Nutzung festgesetzt.

Siehe Plan.

8. RÜCKBAUVERPFLICHTUNG UND FOLGENUTZUNG
GEM. § 9 ABS. 2 BAUGB

9. GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES
GEM. § 9 ABS. 7 BAUGB

FESTSETZUNGEN AUFGRUND LANDESRECHTLICHER VORSCHRIFTEN (§ 9 ABS. 4 BAUGB I.V.M. LWG UND LBAUO)

Örtliche Bauvorschriften (gem. § 9 Abs. 4 BaugB i.V.m. § 88 LBAUO)
Die Photovoltaik-Anlage ist einzuzäunen. Zäune sind bis zu einer Höhe von 3 m zulässig. Die Zäunanlage um die Photovoltaik-Anlage ist so zu gestalten, dass sie für Klein- und Mittelsäugler durchlässig ist. Auf Soileinmauern sollte aus Gründen der Durchlässigkeit grundsätzlich verzichtet werden. Die Zäunmauer muss mindestens 15 bis 20 cm über der Geländeoberfläche liegen (V 4).

Um die negativen Auswirkungen der Zäunanlage auf das Landschaftsbild möglichst zu minimieren, ist die Zäunanlage in gedeckten grünen Farbönen (z.B. RAL 6002, RAL 6005 oder RAL 6009) zu halten (V 6).

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN (§ 9 ABS. 6 BAUGB)

Schutzabstand Gewässer (§ 31 LWG)
Die Errichtung, der Betrieb und die wesentliche Veränderung von Anlagen im Sinne des § 36 WHG, die weniger als 10 m von der Uferlinie eines Gewässers dritter Ordnung entfernt sind, oder von denen Einwirkungen auf das Gewässer und seine Benutzung sowie Veränderungen der Bodenoberfläche ausgehen können, bedürfen der Genehmigung.

Denkmalschutz
• Im Plangebiet und der Umgebung sind der GDKE, Direktion Landesarchäologie, mehrere Funde und Befunde gemäß § 16 DSchG RLP aus der römischen Kaiserzeit in Form von Siedlungsstrukturen (beispielsweise Mauer- und Fußbodenreste) sowie Siedlungsfunde bekannt. Es ist nicht auszuschließen, dass sich die Siedlungsstrukturen der umgebenden Fundstellen bis in das Plangebiet ausdehnen. Da die vorgesehene Planung mit Boden-eingriffen verbunden ist, die zu einer Zerstörung der archäologischen Hinterlassenschaften führen, wird das Plangebiet als archäologische Verdachtsfläche eingestuft. Um zu prüfen, in welchem Umfang von der Planung bodenkmalpflegerische Belange betroffen sind, ist das Plangebiet im Rahmen einer archäologischen Sachverhaltsuntersuchung durch geophysikalische Prospektionen (Magnetik) nach archäologischen Vorgängen zu untersuchen. In Freiflächen (Weiden, Ackerland) sind die magnetischen Prospektionen vor jeglichen Bodeneingriffen vorzunehmen. In den Ergebnissen dieser zerstörungsfreien Magnetometer-Messungen zeichnen sich archäologische Befunde in der Regel deutlich ab. Ggf. müssen die Messbilder noch durch archäologische Sondageschnitte evaluiert werden. Erst anhand der Messbilder und ggf. nötiger Sondagen kann die GDKE, Direktion Landesarchäologie, eine detaillierte bodenkmalpflegerische Stellungnahme zu dem Bereich anfertigen. Dies ist in den Bauzeiteilen zu berücksichtigen.

HINWEISE

Artschutz
• Nach § 39 Abs. 5 Punkt 2 BNatSchG ist es verboten, Bäume, die außerhalb des Waldes und von Kurzumtriebsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen stehen, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abzuschnitten, zu roden oder auf den Stock zu setzen.

Bodenschutz
• Der bei Bauarbeiten anfallende Oberboden (Mutterboden) ist schonend zu behandeln und einer sinnvollen Folgenutzung zuzuführen. Auf § 202 BaugB, „Schutz des Mutterbodens“ wird verwiesen.
• Nach den geologischen Informationen des Landesamtes für Geologie und Bergbau stehen im Bereich des Planungsgeländes voraussichtlich oberflächennah Sedimentgesteine des Rotliegendes an. Diese setzen sich hier vorwiegend aus einer Wechselfolge von Ton-, Schluff- und Sandsteinen zusammen. Weiter können bereits weiche vulkanische Einschaltungen vorkommen. Insbesondere die Ton- und Schluffsteine sind für ihre Rutschungs- und Wasserdurchlässigkeit bekannt.
• Im Zuge der baulichen Eingriffe sollte auf die genannten Gegebenheiten geachtet werden.
• Es wird darauf hingewiesen, dass nach den Vorgaben des Geologietatbestandes alle geologischen Untersuchungen und Bohrungen dem LGB als Staatlicher Geologischer Dienst rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten anzuzeigen und die Ergebnisse nach ihrem Abschluss zu übermitteln sind. Hierfür hat das LGB ein eigenes Anzeige-Portal (<https://geoid.glp-rlp.de/>) eingerichtet, das zu nutzen ist.
• Das LGB empfiehlt die Aufnahme einer Nebenbestimmung in den Bescheid, damit diese Übermittlungspflicht dem Antragsteller bzw. seinen Beauftragten (z.B. Ingenieurbüro, Bohrfirm) obliegt.
• Bei Eingriffen in den Baugrund sind grundsätzlich die einschlägigen Regelwerke (u.a. DIN 4020, DIN EN 1997-1 und -2, DIN 1054) zu berücksichtigen.
• Bei allen Bodenarbeiten sind die Vorgaben der DIN 19731 und der DIN 18915 zu berücksichtigen.

Brandschutz
• Auf Grund der Nähe angrenzender landwirtschaftlicher Flächen und dem damit möglichem Brandübergang sowie im Zuge eines Erstangriffs der Feuerwehr, sind für die Löschwasserversorgung 25 m³ über 2 Std. vorzuhalten.
• Als Einrichtungen für die unabhängige Löschwasserversorgung kommen in Frage:
• Trinkwassernetz (Unterflurhydranten DIN 3221 Teil 1 oder Überflurhydranten DIN 3222 Teil 1),
• Löschwassersteiche (DIN 14210),
• Löschwasserbrunnen (DIN 14220) oder
• unterirdische Löschwasserbehälter (DIN 14230).
• Die notwendigen Verkehrsflächen (Erschließungsstraßen) im und zum Plangebiet müssen den Anforderungen an Feuerwehrzufahrten nach der „Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr“ – in der aktuellen Fassung – entsprechen.
• Es ist ein Feuerwehrramp nach DIN 14095 (Tortell u. a. mit Ansprechpartner im Falle einer, Übersichtsplan mit Kennzeichnung der Feuerwehr-Zufahrt, der Wechselrichter, Schaltstellen [Freischaltelemente, Feuerweherschalter] und Trafostationen usw.) zu erstellen.
• Da die stromführenden Leitungen überwiegend erdverlegt sind, geht von ihnen nur eine geringe Gefahr der Brandverletzung aus.
• Die örtliche Feuerwehr wird nach Inbetriebnahme der PVA in die Örtlichkeiten und die Anlagentechnik einweisen.

Denkmalschutz
• Es gilt allgemein die Anzeige-, Erhaltungs- und Ablieferungsgepflicht für archäologische Funde bzw. Befunde gem. § 16 - 21 DSchG Rheinland-Pfalz.
Hochwasserschutz/ Starkregenvorsorge
• Hinsichtlich der klimatischen Veränderungen ist darauf zu achten, dass die Oberflächenabflüsse aufgrund von Starkregenereignissen einem kontrollierten Abfluss zugeführt werden. Den umliegenden Anliegern darf kein zusätzliches Risiko durch unkontrollierte Überflutungen entstehen. Hierfür sind bei der Oberflächenplanung vorsorglich entsprechende Maßnahmen vorzusehen. Besondere Maßnahmen zur Abwehr von möglichen Überflutungen sind während der Bauvorbereitung und bis hin zur endgültigen Begrünung und Grundstücks-gestaltung durch die Grundstückseigentümer zu bedenken. Der Grad der Gefährdung durch Starkregenereignisse ist im Zuge der Bauausführung anhand weiterer Daten näher zu untersuchen. Gemäß § 5 Abs. 2 WHG ist jede Person im Rahmen der ihr Möglichen und Zumutbaren verpflichtet, Vorsorgemaßnahmen zum Schutz vor nachteiligen Hochwasserfolgen und zur Schadensminderung zu treffen.
• Um der Herausforderung zunehmender Starkregenereignisse zu begegnen, bietet das Land Rheinland-Pfalz landesweite Informationskarten an, die auf Basis von Berechnungen auf die Gefahren von Sturzfluten nach extremen Regenfällen hinweisen. Regionale Unterschiede von Niederschlagsereignissen werden dabei betrachtet.
• Bei den Sturzflutkatastrophen wird die Darstellung von Wassertiefen, Fließgeschwindigkeiten und -richtungen von oberflächlichem Wasser, das infolge von Starkregen abfließt, durch die Betrachtung verschiedener Szenarien mit unterschiedlichen Regenhöhen und -dauern ermöglicht. Grundlage dieser Karten ist der einheitliche „Stark-Regen-Index“ (SRI). Das Basiszenario „Außergewöhnliche Starkregenereignisse“ (SRI 7) geht von 40 - 47 mm Niederschlag innerhalb einer Stunde aus, was in etwa der Wahrscheinlichkeit eines hundert-jährlichen Hochwassers (HQ100) entspricht. Zusätzlich liefern die Szenarien „Extreme Starkregenereignisse“ weitere Einblicke.
• Bei Starkregenereignissen besteht die Möglichkeit, dass überall Oberflächenabfluss auftritt. Dabei können sich in Mulden, Rinnen oder Senken höhere Wassertiefen und schneller Fließgeschwindigkeiten entwickeln. Aus diesem Grund ist es wichtig, stets die örtlichen Oberflächenstrukturen und die gegebenen Bedingungen zu berücksichtigen. Die Sturzflutkatastrophen sind unter dem Link <https://geportal.wasser.rlp-umwelt.de/service/10350> einsehbar.
• Da bislang kein örtliches Hochwasser- und Starkregenereignis existiert, sind aktuell keine weitergehenden Maßnahmen durch die Kommune geplant. Um der Selbstverpflichtung gem. § 5 Abs. 2 WHG gerecht zu werden, wird empfohlen, die Informationskarten des Landes, sowie die tatsächlichen Abflussbahnen vor Ort zu überprüfen und die Gefährdung in der Detailplanung zu berücksichtigen.

Landwirtschaft
• Gemäß § 42 LWG müssen Einfriedigungen von der Grenze eines landwirtschaftlich genutzten Grundstückes, das außerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils liegt und nicht in einem Bebauungsplan als Bauland zugewiesen ist, auf Verlangen des Nachbarn 0,5 m zurückgesetzt werden. Einfriedigungen müssen von der Grenze eines Wirtschaftsweges 0,5 m zurückgesetzt werden.
Landesbetrieb Mobilität Bad Kreuznach
• Die Photovoltaikanlage sowie deren dazugehörige Nebenanlagen (Einzäunung, Transformatorgebäude etc.) sind in einem Mindestabstand von 20 Metern zur B 270 gemessen ab dem 3. April 2022 (GVLB 1.180).
• Die Verkehrsfläche der Bundesstraße – und somit außerhalb der Bauverbotzone der Bundesstraße B 270 zu errichten. Die Verkehrsfläche der Bundesstraße ist ausschließlich über die bestehende Zufahrt im Zuge der B 270 zwischen Netzknoten (NK) 6310 006 und NK 6311 043 bei Station 0,623 links, wie in den Planunterlagen der Planungsgesellschaft Dr.ing. Heinrich GmbH vom 20.09.2023 – „Solarpark Aufm Mühlenberg“, Anlage zum Antrag auf Sonderzulassungsbauabschnitt gem. FStG, Untersuchung Schutzplan/Untersuchung Anfahrtschicht - dargestellt, zu erfolgen.
• Für die Zeit der Bauphase ist zusätzlich Folgendes zu beachten:
• Die Zustimmung erstreckt sich ausschließlich auf die in den oben genannten Detailplanunterlagen nachgewiesenen Fahrzeugabmessungen (Sattelzug).
• Der Zufahrtsbereich ist gemäß „Untersuchung Schleppkuppen - Plan 4“ der Dr.-Ing. Heinrich GmbH während der Bauphase in der Variante B - somit mit Herstellung einer temporären bituminösen Belagsung im westlichen Bereich - zu verbreitern.

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:

- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394).
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BaunVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03. Juli 2025 (GVLB 1.180).
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauplanblätter und die Darstellung des Planinhalts (PlanZV) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (GVLB 1.180).
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. April 2002 (GVLB 1.180).
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. April 2002 (GVLB 1.180).
- Bundes-Bodenschutzgesetz (BodSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Wasserrechtsgesetz für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswasserrechtsgesetz - LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 2015 (GVLB 1.127), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. April 2022 (GVLB 1.118).
- Landesstraßengesetz (LSrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. August 1977 (GVLB 1.273), zuletzt geändert durch Artikel 84 des Gesetzes vom 07. Dezember 2022 (GVLB 1.413).
- Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (GVLB 1.153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. März 2023 (GVLB 1.133).
- Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft Rheinland-Pfalz (Landesnaturschutzgesetz - LNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 06. Oktober 2015 (GVLB 1.283), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVLB 1.287).
- Landesbodenschutzgesetz (Rheinland-Pfalz (DSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Wasserrechtsgesetz für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswasserrechtsgesetz - LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 2015 (GVLB 1.127), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. April 2022 (GVLB 1.118).
- Bundes-Bodenschutzgesetz (BodSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Landesstraßengesetz (LSrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. August 1977 (GVLB 1.273), zuletzt geändert durch Artikel 84 des Gesetzes vom 07. Dezember 2022 (GVLB 1.413).
- Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (GVLB 1.153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. März 2023 (GVLB 1.133).
- Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft Rheinland-Pfalz (Landesnaturschutzgesetz - LNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 06. Oktober 2015 (GVLB 1.283), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVLB 1.287).
- Landesbodenschutzgesetz (Rheinland-Pfalz (DSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Wasserrechtsgesetz für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswasserrechtsgesetz - LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 2015 (GVLB 1.127), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. April 2022 (GVLB 1.118).
- Bundes-Bodenschutzgesetz (BodSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Landesstraßengesetz (LSrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. August 1977 (GVLB 1.273), zuletzt geändert durch Artikel 84 des Gesetzes vom 07. Dezember 2022 (GVLB 1.413).
- Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (GVLB 1.153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. März 2023 (GVLB 1.133).
- Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft Rheinland-Pfalz (Landesnaturschutzgesetz - LNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 06. Oktober 2015 (GVLB 1.283), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVLB 1.287).
- Landesbodenschutzgesetz (Rheinland-Pfalz (DSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Wasserrechtsgesetz für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswasserrechtsgesetz - LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 2015 (GVLB 1.127), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. April 2022 (GVLB 1.118).
- Bundes-Bodenschutzgesetz (BodSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Landesstraßengesetz (LSrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. August 1977 (GVLB 1.273), zuletzt geändert durch Artikel 84 des Gesetzes vom 07. Dezember 2022 (GVLB 1.413).
- Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (GVLB 1.153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. März 2023 (GVLB 1.133).
- Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft Rheinland-Pfalz (Landesnaturschutzgesetz - LNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 06. Oktober 2015 (GVLB 1.283), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVLB 1.287).
- Landesbodenschutzgesetz (Rheinland-Pfalz (DSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Wasserrechtsgesetz für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswasserrechtsgesetz - LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 2015 (GVLB 1.127), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. April 2022 (GVLB 1.118).
- Bundes-Bodenschutzgesetz (BodSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Landesstraßengesetz (LSrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. August 1977 (GVLB 1.273), zuletzt geändert durch Artikel 84 des Gesetzes vom 07. Dezember 2022 (GVLB 1.413).
- Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (GVLB 1.153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. März 2023 (GVLB 1.133).
- Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft Rheinland-Pfalz (Landesnaturschutzgesetz - LNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 06. Oktober 2015 (GVLB 1.283), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVLB 1.287).
- Landesbodenschutzgesetz (Rheinland-Pfalz (DSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Wasserrechtsgesetz für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswasserrechtsgesetz - LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 2015 (GVLB 1.127), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. April 2022 (GVLB 1.118).
- Bundes-Bodenschutzgesetz (BodSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Landesstraßengesetz (LSrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. August 1977 (GVLB 1.273), zuletzt geändert durch Artikel 84 des Gesetzes vom 07. Dezember 2022 (GVLB 1.413).
- Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (GVLB 1.153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. März 2023 (GVLB 1.133).
- Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft Rheinland-Pfalz (Landesnaturschutzgesetz - LNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 06. Oktober 2015 (GVLB 1.283), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVLB 1.287).
- Landesbodenschutzgesetz (Rheinland-Pfalz (DSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Wasserrechtsgesetz für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswasserrechtsgesetz - LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 2015 (GVLB 1.127), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. April 2022 (GVLB 1.118).
- Bundes-Bodenschutzgesetz (BodSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Landesstraßengesetz (LSrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. August 1977 (GVLB 1.273), zuletzt geändert durch Artikel 84 des Gesetzes vom 07. Dezember 2022 (GVLB 1.413).
- Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (GVLB 1.153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. März 2023 (GVLB 1.133).
- Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft Rheinland-Pfalz (Landesnaturschutzgesetz - LNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 06. Oktober 2015 (GVLB 1.283), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVLB 1.287).
- Landesbodenschutzgesetz (Rheinland-Pfalz (DSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Wasserrechtsgesetz für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswasserrechtsgesetz - LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 2015 (GVLB 1.127), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. April 2022 (GVLB 1.118).
- Bundes-Bodenschutzgesetz (BodSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Landesstraßengesetz (LSrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. August 1977 (GVLB 1.273), zuletzt geändert durch Artikel 84 des Gesetzes vom 07. Dezember 2022 (GVLB 1.413).
- Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (GVLB 1.153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. März 2023 (GVLB 1.133).
- Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft Rheinland-Pfalz (Landesnaturschutzgesetz - LNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 06. Oktober 2015 (GVLB 1.283), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVLB 1.287).
- Landesbodenschutzgesetz (Rheinland-Pfalz (DSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Wasserrechtsgesetz für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswasserrechtsgesetz - LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 2015 (GVLB 1.127), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. April 2022 (GVLB 1.118).
- Bundes-Bodenschutzgesetz (BodSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Landesstraßengesetz (LSrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. August 1977 (GVLB 1.273), zuletzt geändert durch Artikel 84 des Gesetzes vom 07. Dezember 2022 (GVLB 1.413).
- Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (GVLB 1.153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. März 2023 (GVLB 1.133).
- Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft Rheinland-Pfalz (Landesnaturschutzgesetz - LNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 06. Oktober 2015 (GVLB 1.283), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVLB 1.287).
- Landesbodenschutzgesetz (Rheinland-Pfalz (DSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Wasserrechtsgesetz für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswasserrechtsgesetz - LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 2015 (GVLB 1.127), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. April 2022 (GVLB 1.118).
- Bundes-Bodenschutzgesetz (BodSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Landesstraßengesetz (LSrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. August 1977 (GVLB 1.273), zuletzt geändert durch Artikel 84 des Gesetzes vom 07. Dezember 2022 (GVLB 1.413).
- Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (GVLB 1.153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. März 2023 (GVLB 1.133).
- Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft Rheinland-Pfalz (Landesnaturschutzgesetz - LNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 06. Oktober 2015 (GVLB 1.283), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVLB 1.287).
- Landesbodenschutzgesetz (Rheinland-Pfalz (DSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVLB 1.159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVLB 1.543).
- Wasserrechtsgesetz für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswasserrechtsgesetz - LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 2015 (GVLB 1.127), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. April 20